

2018

Wir erzogen gemeinsam meinen Sohn, wir machten ihn zum Manne, zu einem tüchtigen klugen Menschen, voll Verstand und Willen, voll großherziger und schöner Ideen. Das Kind wurde siebzehn Jahre alt.

Er liebte meinen . . . meinen Geliebten fast ebenso wie ich, denn er wurde von uns beiden gleich liebevoll geleitet und erzogen. Er achtete und verehrte ihn von ganzen Herzen, da er ihm stets als ein Beispiel von Klugheit, Grabsheit und Rechtllichkeit vorleuchtete. Er betrachtete ihn wohl als einen alten, treuen und ergebenen Freund seiner Mutter, als eine Art geistigen Vater, Vormund, Beschützer.

Oder vielleicht hat er sich nie über unsere Beziehungen Rechenschaft gegeben, da er seit frühesten Jugend gewohnt war, diesen Mann in meiner Nähe, in unserem Hause, immer um uns bemüht zu sehen.

Eines Abends sollten wir drei zusammen speisen. Es kam zuweilen vor, und war mir immer ein großes Fest. Ich erwartete sie beide, und fragte mich, wer wohl zuerst kommen werde. Die Tür öffnete sich; es war mein Freund. Ich ging mit ausgebreiteten Armen auf ihn zu, und er drückte mir voll Glück einen langen Kuß auf die Lippen.

Da ließ mich ein Geräusch, ein Knistern, ein Nichts, die geheimnisvolle Empfindung, die uns die ungeheure Gegenwart einer Person anzeigt, zusammenschrecken. Wir sahen beide mit einem Ruck herum: Jean, mein Sohn, stand leichenblau vor uns.

Es war eine Sekunde fürchterlichsten Entsetzens. Ich streckte wie zu einem Gebet die Hände gegen meinen Sohn aus. Aber ich sah ihn nicht mehr. Er war hinausgeflit.

Wir blieben niedergeschmettert, unfähig ein Wort zu reden, vor einander stehen. Dann sank ich auf einen Lehnstuhl und hatte nur den drängenden dumpfen Wunsch zu fliehen, und auf immer zu verschwinden. Ein krampfhaftes Schluchzen zog mir die Kehle zusammen und ich weinte, von rasender Angst hin- und hergeschüttelt, von der entsetzlichen Ahnung eines unausweichlichen Unglücks gefoltet und von jener fürchterlichen Scham bedrängt, die ein Mutterherz in solch einem Augenblick peinigen muß.

Er stand verwirrt vor mir, wagte nicht näher zu treten, nicht mit mir zu sprechen, mich nicht anzurühren, aus Furcht, mein Sohn könne wiederkommen. Endlich sagte er: „Ich will ihn suchen . . . ihm sagen . . . ihm verständlich machen . . . kurz, ich muß ihn finden . . . muß mit ihm reden.“

Und er ging hinaus. Ich wartete . . . ich wartete außer mir, zitterte bei dem geringsten Laut, fuhr oft vor Angst empor, und geriet bei dem kleinsten Geräusch, daß das Feuer im Kamin machte, in immer größere, unaussprechliche, unerträgliche Aufregung.

Ich wartete eine Stunde, zwei Stunden, fühlte, wie in meinem Herzen eine unbekannt Furcht wuchs, eine Angst stieg, die ich dem schlimmsten Verbrecher nicht zehn Minuten lang gönnen möchte. Wo war mein Kind? Was tat es?

Um Mitternacht brachte mir ein Dienstmann einen Brief von meinem Geliebten. Ich weiß seinen Inhalt noch auswendig: „Ist Ihr Sohn zurückgekehrt? Ich habe ihn nicht gefunden. Ich bin unten, da ich zu dieser Stunde nicht zu Ihnen hinauf möchte.“

Ich schrieb mit Bleistift auf denselben Bogen: „Jean ist nicht zurückgekommen. Sie müssen ihn finden.“ Und ich wartete die ganze Nacht — die ganze Nacht. Ich wurde wie wahnsinnig, ich wollte schreien, laufen, mich auf die Erde werfen. Und doch machte ich keine Bewegung, sondern wartete, wartete. Was hatte geschehen können? Ich suchte es zu erraten. Und doch konnte ich es mir nicht vorstellen, trotz aller Anstrengungen, trotz aller Seelenqualen.

Ich hatte nun Furcht, daß sie sich treffen könnten. Was würden sie tun? Was würde das Kind tun? Schreckliche Zweifel, fürchterbare Vermutungen folterten mich.

Können Sie sich diese Nacht vorstellen, mein Herr? Können Sie sich diese Nacht vorstellen, mein Herr? Mein Kammermädchen, das von nichts wußte, nichts ahnte, ging unaufhörlich herein und hinaus, sie hielt mich ohne Zweifel für wahnsinnig. Zum Schluß schickte ich sie mit einem Wort oder einer herrlichen Bewegung fort. Sie lief zum Arzt, der mich in einer Nervenkriese fand.

Man brachte mich ins Bett. Ich bekam ein Nervenfieber. Als ich nach langer Krankheit wieder zu Bewußtsein gelangte, bemerkte ich neben meinem Bett meinen . . . meinen Geliebten . . . allein. Ich schrie: „Wo ist mein Sohn? Wo ist mein Sohn?“ Er antwortete nicht. Ich stammelte: „Tot? Tot? Hat er sich getötet?“

Er antwortete: „Nein, nein, ich schwöre es Ihnen. Doch haben wir seinen Aufenthaltsort trotz aller Anstrengungen noch nicht erfahren können.“

Da rief ich, plötzlich erbittert, unwillig — man hat zuweilen dergleichen unerklärliche und unvernünftige Zornesausbrüche: „Ich verbiete Ihnen, mich wieder zu besuchen, wenn Sie ihn nicht wiederfinden. Gehen Sie!“

Er ging. Ich habe keinen von beiden wiedergesehen, mein Herr . . . und so lebe ich seit zwanzig Jahren. Können Sie sich mein Dasein ausdenken, können Sie sich die fürchterliche Strafe vorstellen, diese beständige Todesqual meines Mutterherzens, meines Frauenherzens, dies fürchterliche unendliche Warten . . . das unendliche Warten . . . Doch nein . . . bald wird es kein Warten mehr sein, denn ich sterbe . . . ich sterbe, ohne einen von ihnen wiedergesehen zu haben!

Er, mein Freund, schreibt mir seit zwanzig Jahren jeden Tag; doch habe ich ihn nicht empfangen wollen, nicht eine Sekunde lang, denn ich glaubte immer, daß in dem Augenblick, in dem ich ihn wieder sähe, auch mein Sohn vor mir erscheinen müsse! Mein Sohn! — Mein Sohn!

Ist er tot? Lebt er noch? Wo verbirgt er sich? Hinter weiten Meeren, in Ländern, deren Namen ich nicht einmal kenne? . . . Denkt er an mich? . . . Ach! wenn er wüßte! . . . Wie grausam die Kinder sind! Kann er auch nur begreifen, zu welcher fürchterlichen Leiden er mich verdammt, in welche Verzweiflung, in welche Qual er mich, die ich noch jung war, bis zu meinem Ende verstoßen? Ahnt er auch nur, mit welcher heißer Mutterliebe ich ihn geliebt? . . . Ist dies alles nicht zu grausam?

Erzählen Sie ihm, was ich Ihnen gesagt, mein Herr und wiederholen Sie ihm meine letzten Worte: „Mein Kind, mein liebes, liebes Kind, sei nicht so hart gegen die Menschen. Das Leben ist schon brutal und wild genug! Mein liebes Kind, erinnere dich oft daran, welch ein Dasein deine Mutter von dem Tage an, da du sie verlassen, geführt hat. Mein liebes Kind, verzeihe ihr und liebe sie, nun da sie gestorben, denn sie hat die fürchterlichste Buße getragen.“

Sie rang nach Atem und sprach abgerissen und zitternd, als stehe ihr Sohn, zu dem sie redete, vor ihr.

Dann fügte sie noch hinzu: „Sagen Sie ihm auch, mein Herr, daß ich . . . daß ich den andern . . . nie wiedergesehen habe.“

Sie schwieg wieder, dann raffte sie sich noch einmal zu den zitternden Worten auf: „Verlassen Sie mich jetzt, bitte. Ich will allein sterben, da sie nicht bei mir sind.“

Und M. Le Brument fügte hinzu: „Ich bin denn auch gegangen, meine Herren, aber ich heute in meinem Wagen wie ein Schloßhund, und zwar dermaßen, daß sich mein Kutscher umdrehte, um nach mir zu sehen.“

Und zu denken, daß sich alle Tage ähnliche Tragödien abspielen!

Ich habe den Sohn nicht wiedergesehen . . . diesen Sohn. Denken Sie von ihm, wie Sie wollen; ich nenne ihn diesen verbrecherischen Sohn!“

Es kommt der Tag der Rache, Fürwahr, er kommt einmal, Für die gerechte Sache, Für unsere Not und Qual.

Dann gibt die Wahrheit Kunde, Wer für und mit uns war, Und alle Lumpenhunde, Sie werden offenbar.

Dann haben wir gelitten Umsonst für Freiheit nicht, Und nicht umsonst gestritten Den Kampf für Recht und Licht.

Hoffmann von Fallersleben.

Freilich, ein Fieber des Volkes, das revolutionäre, aber, wie seltsam, es stirbt immer der König daran.

Hebbel.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

АРХИВ
БУДНА

1. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 22

Er erscheint wöchentlich einmal. Redaktion u. Expedition: Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).

Bremen, den 18. November 1916

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch die Post bez.: monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Die Befreiung Polens	Seite 169
Die Polenfrage und die Sozialdemokratie	170
Die Auswahl der Tüchtigsten	171
Die alte Jugendbewegung	173
Eine linksradikale Resolution zur Jugendfrage	174
Aus unserm politischen Tagebuch	175
Feuilleton:	
Spartacus. Von Albert Thomas	175
Zeugen und Rufer	176
Der Kanzler spricht! Von Goethe	176

Die Befreiung Polens.

Der Generalgouverneur von Warschau, Herr von Beseler, hat in seinen Ruhmeskranz ein neues Lorbeerreis geflochten. Er, der Bezwingen Antwerpens und damit Belgiens, konnte am 5. November den Bewohnern Warschaus die zukünftige Befreiung Polens, die Wiederherstellung des Königreichs Polen verkünden. Der deutsch-österreichische Imperialismus, dem es in diesem Kriege gelungen ist, zwei kleine Staaten, Belgien und Serbien zu besetzen und damit ihre Selbständigkeit vorläufig aufzuheben, bekundet so den Willen, einen dritten Kleinstaat zu begründen. Das mögen ideologische Käuze als einen Widerspruch empfinden. In Wirklichkeit kann davon keine Rede sein. Eine und dieselbe Kraft löst unter denselben Umständen dieselbe Wirkung aus. Das unabhängige Königreich Polen dient demselben Ziel, dem das besetzte Belgien und Serbien dienen soll. Ohne die Eroberung Serbiens durch die Truppen Mackensens könnte der russische Imperialismus bei jedem Konflikt mit den Deutschen durch das Vorschicken Serbiens Deutschland an der südlichen Grenze seines Verbündeten, der österreichisch-ungarischen Monarchie, angreifen, ohne daß Serbien sein nordöstliches Gebiet an Bulgarien abtritt, könnte der deutsche Imperialismus sich nicht zum mitteleuropäischen ausweiten, weil er nicht unmittelbar an Bulgarien grenzt.

Wird ein polnisches Königreich gebildet, so hat der deutsche Imperialismus ein vorgehobenes Vorwerk, das gegen Rußland gerichtet ist: soll doch das zu bildende Königreich, wie Baron Burian, der österreichische Minister des Äußeren, erklärte, im „engen Anschluß“ an die beiden Zentralmächte „sowohl in politischer, wie in militärischer Beziehung die Garantien seines Bestandes finden“. Da das Königreich durch die Schaffung einer eigenen Armee dafür zu sorgen hätte, daß „die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter in dem großen

Kriege der Gegenwart fortlebe“, so würde die Bildung des Königreichs die Stärkung der Militärmacht Mitteleuropas um die Höhe einer 12 Millionenbevölkerung bedeuten, was natürlich in den kommenden großen imperialistischen Kämpfen nicht zu verachten wäre.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ spricht von den „jezt und in Zukunft unauslöschlich zum preußischen Staate gehörigen Polen“. Und Oesterreich läßt Galizien weiter im österreichischen Staate, schlägt es nicht zu dem zu bildenden Königreich Polen: es verspricht den Galiziern nur eine größere Autonomie, was nach den Kommentaren der Wiener Presse eine Stärkung der Deutschen in Oesterreich bedeuten wird. Angesichts dieses festen Willens der österreichischen wie der deutschen Regierung, die bisherigen Positionen zu halten, ja, sie zu verstärken, angesichts der Stärkung der Militärgewalt und der Bureaucratie durch den Krieg, brauchen die Konservativen nichts zu befürchten.

In konservativen Kreisen wird weiter gegen die Regierung auch der Vorwurf erhoben, daß sie sich endgültig dazu verurteile, eine Verständigung mit England zu suchen. Das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ erklärt, diese Befürchtungen seien von der Regierung natürlich wohl erwogen, aber doch zu leicht befunden worden. Schafft man im Osten eine vollzogene Tatsache, so kann dadurch der russischen Diplomatie die Arbeit erleichtert werden; denn dann braucht sie nicht erst die Verantwortung für die Abtretung Russisch-Polens zu tragen. Und schließlich: Der Wiener Kongreß von 1815 hatte auch mit einem unabhängigen polnischen Staate zu tun und trat ihn an Rußland ab. Nec Hercules contra plures.

Dann zum Schluß noch eine Bemerkung. Es wurde bemängelt, daß der deutsche Reichstag erst nach Hause gehen mußte, bevor die Manifeste in der polnischen Frage veröffentlicht wurden. Die Polenfrage ist ein Teil des Krieges. Das leitende Organ der Sozialpatrioten, der „Vorwärts“, begrüßt den Schritt der verbündeten Regierungen als Erfüllung des Testaments von Marx und Engels. Wir können Herrn Bethmann-Hollweg von dem Verdacht freisprechen, daß er jüdische und obendrein revolutionäre Testamente vollstrecke. Für Marx handelt es sich erstens um die einige polnische Republik, zweitens um ihr Bündnis mit einer deutschen, aus der Revolution hervorgegangenen Republik. Für Herr Bethmann-Hollweg aber handelt es sich, wie er übrigens mit Recht erklärt, um die Stärkung des Deutschland, wie es ist, d. h. des imperialistischen Deutschland.

Kurz und gut: Das neue Werk verleugnet nicht die Meister; es lobt sie. Es ist ein Produkt des imperialistischen Krieges und wird ihm dienen, wenn die Geschichte des Krieges seine Krönung erlauben werden. Aber wenn das auch nicht geschehen sollte, wird es der provisorischen Regierung Polens erlauben, ein Heer zu bilden. Die Befreiung Polens erfordert nicht die geringste Korrektur in unserer Beurteilung des Weltkrieges.

Die Polenfrage und die Sozialdemokratie.

Die Redaktion der „Gazeta Robotnicza“ veröffentlichte im vorigen Jahre die folgenden Grundlinien, die die Auffassung unserer polnischen Kampfgenossen in der Polenfrage wiedergeben:

1. Die Haltung der besitzenden Klassen Polens während des Weltkrieges bewies mit voller Klarheit die Richtigkeit der Behauptung der Sozialdemokratie Russisch-Polens, daß die kapitalistische Entwicklung die Interessen des polnischen Kapitalismus in entgegengesetzte Teile zerschlagen und sie mit den Interessen der Bourgeoisie der Aufteilungsmächte verbunden hat.

Der Weltkrieg hat bewiesen, daß die Periode der Bildung der Nationalstaaten in Europa vorüber ist. In der imperialistischen Periode des Kapitalismus strebt jeder Staat zur Ausbreitung seiner Grenzen mittels der Annektionen. Die Haltung der polnischen Bourgeoisie in allen Aufteilungsstaaten hat kraft gezeigt, daß das Ideal des Nationalstaates in der imperialistischen Periode ein Anachronismus ist, und sie bestätigt die Richtigkeit der Haltung der Sozialdemokraten Russisch-Polens den Unabhängigkeitsbestrebungen gegenüber.

Das polnische Proletariat hat niemals die nationale Unabhängigkeit zu seinem Ziel gemacht. Es entstand auf dem Boden der kapitalistischen Vereinigung aller drei Teile Polens mit den Aufteilungsmächten und führte seinen Kampf um die Demokratie, um Besserung seiner ökonomischen Lage, um den Sozialismus in den Rahmen der historisch gegebenen Staaten gemeinsam mit den Proletariern aller anderen Nationen. Es suchte nicht die gegebenen staatlichen Rahmen, sondern den Charakter des Staates als Organ der Klassen und nationalen Unterdrückung zu vernichten. Heute wäre angesichts der Erfahrungen des Weltkrieges die Aufstellung der Lösung der Unabhängigkeit als des Mittels des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung nicht nur eine schädliche Utopie, sondern die Verleugnung der einfachsten Grundzüge des Sozialismus. Diese Lösung würde das Bestreben zur Bildung einer neuen imperialistischen Macht bedeuten, die auch nach Unterjochung und Unterdrückung fremder Völker strebt. Das einzige Resultat eines solchen Programms wäre die Schwächung des Klassenbewußtseins, die Verschärfung der nationalen Gegensätze, die Spaltung der Kräfte des Proletariats und Stärkung der neuen Kriegsgefahren.

2. Die Programme der Vereinigung der polnischen Gebiete unter der Herrschaft eines der imperialistischen Staaten oder ihrer Koalition, ein Programm, wie es die polnischen Austro- und Russophilen aufstellen, entspringen dem Willen der polnischen Bourgeoisie, ihre eigene Position der Bourgeoisie der Aufteilungsmächte

gegenüber zu stärken, um sich einen größeren Anteil an der imperialistischen Beute des Staates zu sichern.

Beiden Aufteilungsmächten entspringt die Tendenz zur Vereinigung der polnischen Gebiete strategischen wie auch allgemein imperialistischen Interessen, die eine Vergrößerung des Staatsgebietes erfordern. Geboren aus den imperialistischen Interessen der polnischen, wie der in den Aufteilungsstaaten herrschenden Bourgeoisie, könnte die Vereinigung der polnischen Gebiete unter der Herrschaft einer Großmacht oder einer Koalition der Großmächte nur ein Instrument der imperialistischen Politik sein. Da diese imperialistischen Interessen, die allgemeinen wie besonders die wirtschaftlichen, erfordern, daß die polnischen Gebiete in voller Unterwürfigkeit erhalten werden, lassen sie ein demokratisches System in diesen Gebieten nicht zu. Es kann deshalb keine Rede davon sein, daß solch eine Vereinigung auch die minimalen Garantien der freien kulturellen Entwicklung gebe, dieser einzigen Seite der nationalen Frage, die mit den Interessen des Proletariats verbunden ist.

Der Krieg kann auch mit der Zerschlagung der polnischen Gebiete durch neue Annektionen, mit der neuen Zerschneidung der polnischen Karte enden. Zwar sind die Befürchtungen, als ob diese neuen Aufteilungen und die durch sie verursachten Änderungen der Markt-, Zoll- und Rechtsbedingungen die kapitalistische Entwicklung Polens und somit die sozialistische Bewegung Russisch-Polens erdroffeln könnten, übertrieben: der verhältnismäßig hohe Grad der wirtschaftlichen Entwicklung Polens hat schon Produktionskräfte erzeugt, die sich den neuen Bedingungen anpassen können, und die Schwächung der sozialistischen Bewegung in einem Teile Polens würde durch ihre Stärkung in einem andern wettgemacht werden. Trotzdem würde die Notwendigkeit einer solchen Anpassung eine lange ökonomische Krise verursachen, die sich mit ihrer ganzen Last auf den Rücken des Proletariats legen würde.

3. Die alte proletarische Politik, die durch das Klasseninteresse des Proletariats bestimmt war, muß unverändert bleiben, und die Arbeiterklasse hat nicht die geringste Ursache, sie zugunsten der bürgerlichen Kriegsprogramme zu verlassen. Durch keinen reellen Nutzen begründet, würde die Unterstützung dieser Programme den Verzicht auf die selbständige Klassenaktion, das Eingehen eines Bündnisses mit der Bourgeoisie für die ganze Kriegszeit bedeuten, und müßte schließlich für lange Jahre die Taktik des Proletariats aus der richtigen Bahn bringen. In der heutigen Epoche wird jeder kapitalistische Staat zum Hemmschuh der Entwicklung.

Ohne die Augen für all die oben aufgezeigten Gefahren zu schließen, die für das polnische Proletariat im Falle der neuen Zerklüftung Polens entstehen, muß das Proletariat sich darüber Rechenschaft geben, daß sie sich in den Rahmen der imperialistischen Epoche nicht beseitigen lassen, wie man alle anderen Gefahren des Imperialismus ohne Sieg des Sozialismus nicht beseitigen kann.

4. Die Unlösbarkeit der allgemeinen durch den Krieg aufgerollten Fragen, wie die Unmöglichkeit der fruchtbaren Verteidigung der national-kulturellen Interessen des polnischen Proletariats in der Epoche des Imperialismus, bedeutet natürlich nicht, als ob das Proletariat mit verschränkten Armen auf den Sozialismus, als auf die

Befreiung von den neuen Gefahren und Lasten des Krieges wie der neuen Gefahren der nationalen Unterdrückung „warten“ müßte. Der Imperialismus ist eine Politik des Kapitalismus auf einer Entwicklungsstufe, die die sozialistische Organisation der Produktion ermöglicht. Die Opfer, die das Proletariat dem Kriege bringt, die Vermehrung des Steuerdruckes, die politische Reaktion, die Verschlechterung der Arbeiterlage, all die Kriegsfolgen werden das Proletariat drängen zu Kämpfen um den Sozialismus, die die nächste historische Epoche ausfüllen werden. Der Kampf gegen den Krieg eröffnet diese neue Epoche.

Unabhängig davon, ob die Verschärfung der politischen Krise dem Proletariat schon während des Krieges erlaubt, eine aktive Rolle zu spielen, wird das polnische Proletariat keine separatistische Politik treiben (Verteidigung des Status quo, Kampf um Vereinigung unter einer Herrschaft): seinen Protest gegen die Kriegsfolgen (Opfer, ökonomische Schäden, Annektionen, die nationale Unterdrückung) wird es in den Kampf gegen die Ursachen des Imperialismus verwandeln. Diesen Kampf im Sinne eines bewußten Strebens zum Kampf um den Sozialismus, wird das polnische Proletariat solidarisch mit dem internationalen Proletariat überhaupt, mit dem der Aufteilungsmächte im besonderen führen. Dieser Kampf schließt keinesfalls das Bestreben zur Demokratisierung der politischen Bedingungen noch in dem Rahmen des Kapitalismus, wie z. B. in Rußland zur Niederrückung des Zarismus, er schließt keinesfalls die Erwerbung nationaler Freiheiten, wie z. B. die Erweiterung der lokalen, provinziellen und Landesautonomie, aus. Umgekehrt müssen die Aussichten den Elan des Proletariats im Kampfe um sofortige Errungenschaften verstärken, denn das Bewußtsein, daß nur der Kampf um den Sozialismus den Weg zur vollkommenen Aufhebung der Klassen wie der nationalen Unterdrückung bildet, wird das Proletariat gegen jede Politik des Kompromisses wappnen, die die Wucht des Klassenkampfes mindert.

Die Auswahl der Tüchtigsten.

Das kürzlich gesprochene Wort des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg, daß allen Tüchtigen die Bahn frei gemacht werden solle, hat ein vielstimmiges Echo im deutschen Blätterwalde geweckt und namentlich die kleinbürgerliche Phantasie zu kühnen Hoffnungen empor-schnellen lassen. Und in der Tat, wir sind die Letzten, die in dem Kanzlerwort nichts als ein leeres Versprechen erblicken möchten, bestimmt, die Masse des Volkes zu ködern. Nein, Herr v. Bethmann-Hollweg ist es Ernst mit seinem Wunsche, die im Volke schlummernden Kräfte in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, vielleicht sogar sehr ernst, denn nicht wenige von diesen Kräften hat der Krieg dahingerafft, und die noch vorhandenen werden daher ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen dürfen.

Wenn man es hört, so möcht es leidlich scheinen; fragt sich nur noch, wen man zu den Tüchtigen zählen und welche Bahn ihnen frei gemacht werden soll. Beide Fragen gehören eng zusammen; denn nach welchem Gesichtspunkt die Auslese vor sich gehen soll, wird durch das Ziel der Erziehung bestimmt. Letzteres ergibt sich aus den jeweiligen ökonomischen und politischen Be-

dürfnissen; in der kapitalistischen Epoche ist dieses Ziel daher ein anderes, als in der sozialistischen. Dementsprechend wird auch in der sozialistischen Gesellschaft die Frage nach der Tüchtigkeit anders beantwortet werden als heute. Die offiziell begünstigte und maßgebende Pädagogik wählt heute die Tüchtigen gemäß den ökonomischen und politischen Bedürfnissen des Kapitalismus aus.

Um bei letzterem zu beginnen, so weiß jeder, welche Bedeutung das politische Element in der heutigen Jugend-erziehung hat. Das öffentliche Schulwesen der Gegenwart ist politisch, insofern es ein getreues Spiegelbild der heutigen Machtverteilung im Staate ist. Den herrschenden Schichten steht ein reichgegliedertes, wohldotiertes Bildungswesen zur Verfügung, während die große Masse des Volkes durch die stiefmütterlich behandelte „Volks-schule“ geht, die im Verhältnis zu den höheren Schulen nur eine kümmerliche Elementar- und Allgemeinbildung vermittelt.

Die Tüchtigkeit wird daher entsprechend den politischen Bedürfnissen des Kapitals zunächst und vor allem Gefinnungstüchtigkeit sein müssen. Wo immer die herrschende Klasse den Aufstieg eines geringen Bruchteils von Kindern des Proletariats begünstigt, da wird zuerst das politische Milieu des Elternhauses der Prüfung standhalten müssen. Der Zögling selbst ist später materiell so sehr gebunden, daß keine Befürchtung gehegt werden kann, er werde vom staatserhaltenden Kurse irgendwie abirren. Dem Proletariat des Klassenkampfes werden solche gewiß begabten Elemente selbstredend entzogen.

Die politischen Gegensätze werden nach dem Kriege keinesweg verschwinden. Die Vernichtung der sozialen Mittelschichten, die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen hat während der Kriegsjahre reizend Fortschritte gemacht. Die Masse der Besitzlosen ist dadurch stark vermehrt. Mit den ökonomischen Gegensätzen aber müssen unter allen Umständen die politischen sich verschärfen. Hinzu kommt, daß infolge der Vereinheitlichung und Proletarisierung der großen Mehrheit des Volkes das Bildungswesen tatsächlich in gewissem Sinne auf eine neue Grundlage gestellt werden muß. Die besitzenden Kreise, an Kopfszahl verringert, können aus sich heraus nicht das Material an Arbeitskräften wie bisher stellen, das zur Leitung der Produktion und der Verwaltungsgeschäfte im Staate erforderlich ist. Man muß daher eine Methode finden, die große Masse in entsprechender Weise zu differenzieren, nicht, indem man die frühere Differenzierung der Eigentumsverhältnisse wiederherstellt, sondern indem man mehr als bisher die notwendigen Bildungsmittel dem ganzen Volke zugänglich macht, und so auf diesem Gebiete eine Wandlung vollzieht, durch die man sich den neuen ökonomischen Bedingungen anpaßt. Unterricht und Erziehung stehen also in Zukunft vor wichtigen Aufgaben, wie stets in Zeiten sozialer Revolution, aber niemals erkennen wir auch deutlicher als in solchen Epochen, daß die Schule nicht aus sich selbst marschiert und auf selbstgewählter Bahn, sondern den der Dekonomie entspringenden Impulsen folgt.

Die Folge der Ausschaltung der Mittelschichten und der Verschärfung jener Gegensätze müßte sein, daß die höheren Schulen in Zukunft weniger frequentiert werden,

die Volksschulen dagegen im Verhältnis mehr als bisher. Nun würde sich eine Vermehrung der Volksschulen, wenn sie nötig werden sollte, ebenso wie eine eventuelle Umwandlung höhere Schulen in niedere unschwer bewerkstelligen lassen. Aber wesentliche Änderungen werden in dieser Hinsicht kaum getroffen werden dürfen; denn das bestehende Verhältnis der beiden Klassen von Schulen entspricht dem Stande der gegenwärtigen gesellschaftlichen Produktion, an dem natürlich nicht zu rütteln ist.

Was wird die Folge sein? Das Verhältnis des Bedarfs an mehr oder weniger geschulten Kräften in Gewerbe, Industrie, Handel usw. bleibt bestehen, die Eigentumsverhältnisse aber haben sich gewandelt. Man wird für die höheren Schulen das Schulgeld ermäßigen müssen, oder die Zahl der Freistellen daselbst vermehren. Oder wird Fortbildungsschulen und Mittelschulen errichten. Wird auch die Uebergänge aus einer Schulgattung in die andere erleichtern, indem man eine Angleichung der Lehrpläne durchsetzt. Oder alles dieses zugleich tun. Eine reichere organisatorische Gliederung des Schulwesens wird in Erscheinung treten und die höhere Bildung den weniger Bemittelten mehr als früher zugänglich sein. Wir haben hier also zweifellos eine zur Einheitschule drängende Tendenz, die jedoch darum nicht mehr als nur den notwendigen Ausgleich zu der entgegengesetzten Tendenz in der Entwicklung der Eigentumsverhältnisse bedeutet.

Denken wir uns diesen Prozeß fortgesetzt, die Masse der Besitzlosen vergrößert und homogener zurechtgeknetet, dagegen die ganze Masse des Besitzes zuletzt in so wenigen Händen, daß er diesen entgleitet und Besitz der Gesamtheit wird, so wachsen wir in die sozialistische Gesellschaft hinein. Was nicht geschieht wird, da hier lediglich die Kopfszahl hüben und drüben zugrundegelegt ist, dagegen die Machtverhältnisse außer Betracht gelassen sind. Die besitzende Klasse, so gering die Anzahl ihrer Mitglieder werden mag, hat durchaus keine Ursache, freiwillig abzudanken. Völlige Gleichberechtigung in der Aneignung aller Bildungsmittel setzt aber die völlig gleiche Anteilnahme aller an den Gütern dieser Erde voraus. Daher wird die Einheitschule, sofern sie jedem das gleiche Recht auf Bildung garantieren will, nie Korrelat der kapitalistischen Gesellschaft, sondern erst der sozialistischen Gesellschaft sein können.

Einstweilen also wird jedem nur das an Bildung zuteil werden, was man ihm an Bildung zuteil werden läßt. Die Besitzenden und herrschenden Klassen wollen nicht die Einheitschule in dem angeedeuteten Sinne zugestehen, sondern die „nationale“ Einheitschule, d. h. Bildung ohne Besitz und ohne politische Macht, es sei denn, daß diese Macht im Interesse der Herrschenden verwandt werde. Freie Bahn jedem Tüchtigen! Das nationale Wirtschaftsleben nach dem Kriege verlangt die Entfaltung aller Talente und Begabungen. Man sagt wohl: ein Talent hat jeder, das ihm seine Existenz im Lebenskampfe sichert. In Wahrheit kann jeder sogar in mehreren Erwerbszweigen tüchtig werden, wenn er nur in die entsprechenden Wachstumsbedingungen gestellt wird. Diese Bedingungen wird nur eine sozialisierte Gesellschaftsordnung bieten können, weil in dieser die Ausbeutung wegfällt. Der Kapitalismus hat stets seine Reservearmee von Arbeitslosen, wodurch die Arbeitenden

in der Abhängigkeit erhalten werden. Die sozialistische Gesellschaft wird alle Arbeitskräfte ausnützen; sie hat nicht nötig, solche brach liegen zu lassen. Sie wird jedem eine so vielseitige Bildung geben, daß er auch vielseitig verwendet werden kann. Darum kann auch dem fortwährenden Wechsel der Arbeitserfordernisse, der namentlich von der großen Industrie unzertrennlich ist, durch den fortwährenden Wechsel der Arbeitskräfte aufs beste entsprochen und die allgemeine Produktivität der Arbeit immerfort erhöht werden.

Eine derart zweckmäßige Verteilung der Arbeitskräfte bringt das kapitalistische System nicht zuwege. Ein Wechsel der Arbeit hat gegenwärtig sehr leicht Elend und Arbeitslosigkeit im Gefolge. Daß er von den Arbeitern im allgemeinen ängstlich gemieden wird, ist nur natürlich; die Furcht davor behindert aber den Einzelnen in seiner Weiterbildung, namentlich was die Vielseitigkeit seiner Ausbildung anbelangt. Unter dem Sozialismus, wo jede Sorge um die materielle Existenz wegfällt, verliert der Wechsel der Arbeit vollkommen seine unheilvolle Wirkung, bildet im Gegenteil das trefflichste Mittel der Erziehung zu erhöhter produktiver Arbeit. Da wird sich zeigen, was auch heute sich schon oft genug erwiesen hat, daß jedes Individuum seine Tüchtigkeit nach sehr verschiedenen Seiten bewähren kann, zum mindesten aber nach einer, und daß er jedenfalls nicht nötig hat, lebenslang auf dem Standpunkte des ungelerten Arbeiters zu verharren.

Die Auswahl der Tüchtigen hat eine Kehrseite: die Ausschließung einer großen Masse angeblich Untüchtiger von dem Aufstieg zu den Höhen der Bildung. „Bildung macht frei“, sei es auch nur frei denkend. Darum kann die gehobene Schulbildung heutzutage nur einer Auswahl, einer Minderheit des Volkes zuteil werden; nicht eine das ganze Volk umfassende Einheitschule fordern die bürgerlichen Schulmänner, sondern die „nationale“ Einheitschule, die sich mit den Interessen des modernen Staates verträgt, die vor allem nicht versäumt, der ungelerten Arbeit den breitesten Raum zu gewähren. Die neuen Schulforderungen zielen daher keineswegs auf eine Hebung der sogenannten Volksschule ab, die von mehr als 90 Prozent aller Kinder des Volkes besucht wird, wenn auch diese den Boden für den Aufstieg der Begünstigten bildet; sicher aber ist, daß der Volksschulunterricht von einer bildungswidrigen politischen Tendenz mehr und mehr durchdrungen und beherrscht werden wird, nach der auch die Erziehung des jüngsten Deutschlands dann sich orientieren wird.

Die Anfänge dieser Neuorientierung sind bereits da und nicht mehr bloß schüchtern; sie beschränken sich auch nicht etwa nur auf Geschichts- und Religionsunterricht. Wie diese Aenderung, so bahnen sich auch die anderen, schon erwähnten Neugestaltungen im Bildungswesen zurzeit bereits an. Schon vor dem Kriege ging die Konzentration des Kapitals mit Riesenschritten vorwärts, und ihre sozialen Folgen traten auf verschiedenen Gebieten deutlich in Erscheinung, auch auf dem der Schule. Jetzt im Kriege geht diese Entwicklung wie im Sturm dem Endziel zu, und des Kanzlers Ruf: Bahn frei allem, was tüchtig ist, lehrt uns und alle, die Ohren haben zu hören: Die Zeit ist reif! Seid wachsam! Lassen wir uns nicht überflügeln von ihr! Es will ein Neues sich begeben!

Die alte Jugendbewegung.

Die große Umwälzung, in der sich unsere Jugendbewegung augenblicklich befindet, legt uns die Pflicht auf, nach den Ursachen dieser Erscheinung zu forschen. Erst wenn wir diese Ursachen kennen, sind wir imstande, auch die Mittel der Heilung anzugeben. Es ist wie bei einer Krankheit. Solange dem Arzt die Ursachen der Krankheit verborgen sind, kennt er ihr Wesen noch nicht; solange ist er auch nicht in der Lage, mit Zuverlässigkeit die Mittel anzugeben, die den kranken Menschen wieder gesund machen. Oder denken wir an eine Katastrophe, etwa an ein großes Grubenunglück. Immer wird man zuerst nach den Ursachen fragen, und aus der Kenntnis der Ursachen ergeben sich erst die Mittel, die man anwenden muß, um die Wiederholung der Katastrophe nach Möglichkeit zu verhindern. Genau so liegt es auch bei der gegenwärtigen Krisis der Jugendbewegung.

Da wird nun oft gesagt, daß diese Krisis nur das Werk einiger Hezer sei, die die Jugendlichen gegen die Zentralstelle in Berlin, gegen die „Arbeiter-Jugend“, gegen die Partei- und Gewerkschaftsbureaucraten aufwiegelten, und daß die Jugendlichen diesem ganzen Streit völlig fernstünden. Allein jeder Jugendliche weiß, daß das nicht der Fall ist.

Als die Zentralstelle für den Krieg eintrat, als eine große Zahl von Jugendausschüssen und Jugendleitern die Jugendlichen zur Teilnahme am Kriege und an den militärischen Veranstaltungen des Jungdeutschlandbundes aufforderten, da war es den Jugendlichen selbst klar, daß hier etwas nicht stimmte. Dieses ganze Eintreten für die Bestrebungen und Ziele der bürgerlichen Jugendbewegung stand in direktem Gegensatz zu allem, was den Jugendlichen vor dem Kriege gesagt worden war. Vor dem Kriege hieß es: unsere Jugendbewegung steht im Gegensatz zur bürgerlichen Jugendbewegung, und wir wollen in allem genau das Gegenteil von dem, was diese will. Jetzt aber hieß es: wir müssen dasselbe wollen, was die bürgerliche Jugendbewegung auch will. Dieser völlige Umschwung ist den Jugendlichen sofort klar gewesen, und er hat gleich zu Beginn des Krieges dazu geführt, daß innerhalb der Jugendbewegung ein heftiger Streit darüber entbrannte, ob die alte oder die neue Lehre gelten solle.

Die Jugendlichen sahen keine Möglichkeit, die bestehenden Gegensätze miteinander zu vereinigen. Und tatsächlich besteht eine solche Möglichkeit auch nicht. Vielerorts haben die Kämpfe, die aus der sozialpatriotischen Haltung der Zentralstelle und ihres Jugendorgans folgten, eine solche Heftigkeit angenommen, daß die Jugendlichen sich von der alten Zentralstelle lossagten und eine eigene Zentralstelle gründeten, die der alten Lehre treu bleiben wollte. An anderen Orten führten die Kämpfe zur Absonderung von den örtlichen Instanzen; wieder an anderen Orten tobte der Kampf weiter, von den Jugendlichen selbst geführt, weil sie erkannt haben, daß die Maßnahmen der Instanzen ihren eigenen Interessen zuwiderlaufen.

Nun entsteht aber die Frage: Wie kamen die Instanzen, die Zentralstelle und die Ausschüsse, die vielen Jugendleiter und die „Arbeiter-Jugend“ dazu, den alten Weg zu verlassen und einen neuen, völlig entgegengesetzten

Weg einzuschlagen? Wie kamen sie dazu, vor dem Kriege zu lehren, unser Weg führe die Jugendlichen einem Ziele zu, das den Zielen der bürgerlichen Jugendbewegung gerade entgegengesetzt sei, während sie jetzt Ziele auftrichteten, die auch von der bürgerlichen Jugendbewegung anerkannt und mit großem Eifer verfolgt werden? Ist das nur auf einen Irrtum zurückzuführen, dem die Instanzen plötzlich, als der Krieg ausbrach, verfallen sind? Fehlt den Instanzen vielleicht die nötige Einsicht, sodaß man ihnen ihren Irrtum nur klarzumachen braucht, um sie auf den richtigen Weg zurückzubringen? Oder ist es wohl gar die pure Schlechtigkeit, daß sie die alten Ideale so schnöde verraten haben? Nichts von alledem. Es handelt sich nicht um einen Irrtum, sondern um eine Notwendigkeit; die Instanzen sind klug genug, um zu wissen, was sie tun, und man kann sie jetzt und in aller Zukunft nicht überzeugen, daß sie verkehrt gehandelt haben; denn sie sind von der Richtigkeit ihres Handelns tief überzeugt. Und darum werden sie auch nicht auf den alten Weg zurückzubringen sein; sie werden ihren Weg weitergehen, wie wir unseren Weg weitergehen müssen. Eine Vereinigung dieser beiden Wege ist nicht denkbar.

Aber war denn der alte Weg überhaupt der richtige? Bestand nicht die Möglichkeit, von ihm aus die Richtung einzuschlagen, in der sich die Haltung der Instanzen heute bewegt? Und können deshalb die Instanzen nicht mit einem gewissen Rechte sagen, daß sie den alten Anschauungen gar nicht untreu geworden sind? Daß sie vielmehr nur den Weg fortgesetzt haben, auf dem sich die alte Jugendbewegung vor dem Kriege bereits befand? Daß wir sogar diejenigen sind, die den alten Weg verlassen haben? Diese Fragen führen uns unmittelbar an die Quellen der augenblicklichen Krisis der Jugendbewegung. Suchen wir sie also auf.

Die alte Jugendbewegung ist hervorgegangen aus einer Anzahl von Einzelbestrebungen der deutschen jugendlichen Arbeiter. Als die fortschreitende kapitalistische Entwicklung die Jugendlichen in immer steigender Zahl in die Fabriken zur Lohnarbeit zwang, als die jugendlichen Arbeiter die Wirkung dieser Lohnarbeit am eigenen Leibe spürten, da versuchten sie, durch den Zusammenschluß eine Macht zu bilden, um eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erzwingen. Diese Organisationen, wie sie in Süddeutschland und einigen Städten Norddeutschlands, sowie in Deutsch-Oesterreich bestanden, waren also Kampforganisationen. Aber neben diesem Zweck verfolgten sie auch noch den andern, durch Bildungsbestrebungen die Lücken auszufüllen, die die mangelhafte Schulbildung zurückgelassen hatte. Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und Bildung, das waren die Aufgaben jener ersten Jugendorganisationen in Deutschland.

Je länger je mehr machte sich aber das Bedürfnis geltend, einen allgemeinen Zusammenschluß der einzelnen Organisationen zu bewerkstelligen. Das geschah auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu Nürnberg im Jahre 1908. Zugleich nahm sich auch der Hamburger Gewerkschaftskongreß der Jugendbewegung an. In Nürnberg wurde der Grund zu der alten Jugendbewegung gelegt. Als Ziel der Bewegung wurde bestimmt: Erziehung im Geiste des Sozialismus zu dem Zwecke, klassenbewußte Proletarier heranzubilden. Das Mittel hierzu sollten die

Bildungsbestrebungen sein. Darunter verstand man Vorträge, Kurse, Führungen, Theateraufführungen usw. Auch wurde die Gründung eines Zentralorgans in die Wege geleitet.

Im Jahre 1909 erschien die erste Nummer der „Arbeiter-Jugend“, die im Sinne des angegebenen Zieles wirkte. Durch zahlreiche im Sinne des Sozialismus gehaltene Artikel sollte sie aufklären, bilden. Ferner wurde die Zentralstelle gegründet, die dafür sorgen sollte, daß das ganze Bildungswesen wie die ganze Organisation der Jugendbewegung einheitlich gestaltet wurde. Da die Zentralstelle ihrer Arbeit, die sich von Jahr zu Jahr häufte, nicht mehr allein gewachsen war, wurden Orts- und Bezirksjugendausschüsse gegründet, die die Vorarbeiten übernahmen. So war ein mächtiges organisatorisches System ausgebaut worden, in dem alles nach einem wohlgeordneten Plane sich abwickelte. Die Organisationen wuchsen. Die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Jugend“ stieg. Alles schien in bester Ordnung zu sein.

Nun war, ebenfalls im Jahre 1908, durch den Reichstag ein Gesetz beschloffen worden, das den Jugendlichen unter 18 Jahren verbot, an politischen Versammlungen teilzunehmen und politische Vereine zu bilden. Um diesem Gesetz aus dem Wege zu gehen, betonte die Sozialdemokratie, daß die proletarische Jugendbewegung nicht politisch sei, und sie vermied auch alles, was der Jugendbewegung den Charakter des Politischen geben konnte. Es stellte sich mit der Zeit aber immer klarer heraus, daß der Kampf der Arbeiter, ganz gleich, ob er nun in der Partei oder in den Gewerkschaften geführt wurde, ein politischer war, ja, daß es gar keine andere Möglichkeiten des Kampfes mehr gab als die politische. Wenn also die Jugendbewegung darauf verzichtete, politisch zu sein, so hieß das in Wirklichkeit: sie verzichtete auf den Kampf. Und darum alleine war es den Herrschenden zu tun, als sie durch den Reichstag das Vereinsgesetz beschließen ließen. Keine Politik! das war nur ein anderer Ausdruck für: Kein Kampf! Diesem Gebot des Staates beugte sich die Sozialdemokratie, indem sie ihre Jugendbewegung für unpolitisch erklärte.

Das mußte aber auf die Bildungsarbeit zurückwirken. Ein wichtiger Bestandteil der sozialistischen Lehre ist die Lehre vom Klassenkampf. Indem nun die Jugendbewegung selbst auf den Kampf verzichtete, strafte sie ihre eigene Lehre lügen. Sie lehrte, daß nur durch den Klassenkampf das sozialistische Ziel erreicht werden könne; gleichzeitig aber lehrte sie, daß die Jugendlichen an diesem Kampfe nicht teilnehmen sollten, daß sie auf ihn vielmehr durch Unterweisung erst vorbereitet werden müßten, daß sie für den Kampf noch nicht reif seien. Auf die Jugendlichen selbst also bezog sich die Lehre vom Klassenkampf nicht; für sie hatte sie noch keine Gültigkeit.

Indem der sozialistischen Lehre dieser wichtige Bestandteil genommen wurde, wurde sie eine rein bürgerliche Lehre. Auch die bürgerlichen Politiker und Schulmänner erklärten und erklären noch heute: die Jugendlichen sind noch nicht reif für die Politik, d. h. für den Kampf um ihre Klasseninteressen. Es war also keine Erziehung im Sinne des Sozialismus mehr, die in der Jugendbewegung getrieben wurde; es war eine rein bürgerliche Erziehung. Es waren nur noch die Worte des Sozialismus, die da gelehrt wurden; aber es war

nicht mehr der Geist des Sozialismus. Es war, wie wenn in der Bibel steht: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, und die Welt der Wirklichkeit ist voll des Hasses der Menschen untereinander.

Die alte Jugendbewegung hatte sich dem Staate restlos unterworfen. Ihre Einrichtungen paßten sich den Einrichtungen des Staates genau an. Die Sozialdemokratie bekam ein Interesse daran, daß diese staatlichen Einrichtungen unangetastet blieben. Und darum war es kein Wunder, daß die Sozialdemokratie und an ihrer Spitze die Instanzen den Staat retten half, indem sie für die Vaterlandsverteidigung eintrat. Die alte Jugendbewegung war keine sozialistische mehr; deshalb konnten ihre Instanzen dem Kriege gegenüber keine sozialistische Stellung einnehmen. Sie haben in der Tat den Weg fortgesetzt, auf dem die Jugendbewegung vor dem Kriege bereits selbstzufrieden wandelte.

Es waren nur noch die Worte des Sozialismus, die den Jugendlichen in der alten Bewegung in die Ohren drangen; aber es war nicht mehr sein Geist. Dieser Geist kann nur lebendig werden, wenn die sozialistischen Worte auch der sozialistischen Praxis des Kampfes entsprechen. Und hier knüpfen wir wieder an, die wir für eine neue Jugendbewegung kämpfen. Uns sind die Worte mehr als bloße Ermahnungen. Sie bergen für uns die Notwendigkeit der ihnen entsprechenden Tat in sich. Die Instanzen setzen die alte Bewegung fort, indem sie sich an die alten Worte und an die alten Formen klammern. Wir wollen die alte Bewegung überwinden, indem wir den alten sozialistischen Geist wieder lebendig werden lassen wollen. Will man die alte Bewegung bestehen lassen, dann muß man auf den Sozialismus verzichten. Sie führt auf geraden und krummen Wegen ins Lager des Bürgertums. Will man die neue Bewegung zum Durchbruch bringen, dann gilt der erste Kampf der alten Bewegung und den alten Instanzen, den alten Phrasen und der alten Politik. Hier gibt es keine Versöhnung. Wer hier versöhnen will, verkauft die Jugendlichen an ihre Klassengegner, in deren Dienst die sozialpatriotischen Instanzen stehen. Wer das Wohl der Jugendlichen will, hilft ihnen im unerbittlichsten Kampfe gegen die Sozialpatrioten. Die erste und letzte Entscheidung aber liegt bei den Jugendlichen selbst. Alte oder neue Bewegung — Sozialpatriotismus oder Sozialismus — alte oder neue Zeit: Jugendliche, Ihr habt die Wahl!

(Aus dem Mitteilungsblatt der freien Jugendbewegung für Hannover, Linden und Umgegend.)

Eine Resolution zur Jugendfrage.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen brachten die Linksradikalen zur Jugendfrage folgende Resolution ein:

Der Kapitalismus zwingt die Jugendlichen aller Länder in immer größeren Massen in den Produktionsprozeß zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Im Zeitalter des Imperialismus fordern alle kapitalistischen Staaten eine bis zur höchsten Steigerung entwickelte Anspannung der jugendlichen Kräfte für die Zwecke des Militarismus, Schule, Fortbildungsschule, private Veranstaltungen, als Turn- und Sportvereine, sowie die ganze bürgerliche Jugendbewegung wirken ausnahmslos und ausgesprochen in dieser Richtung. Der Kampf des Bürgertums um seine imperialistischen Ziele ist der Hauptinhalt

seines Klassenkampfes; die Erziehung der Jugendlichen für die Interessen des Imperialismus, sowie ihre mittelbare Beteiligung an der Verwirklichung derselben ist daher ein politischer Akt. In ihrer Gesamtheit stehen die Interessen des imperialistischen Bürgertums im schroffen Gegensatz zu den Interessen der sozialistischen Arbeiterklasse.

Die proletarische Jugendbewegung ist ein Glied der sozialistischen Arbeiterbewegung. Sie hat zur Voraussetzung ihrer Existenz den Klassenkampf um den Sozialismus und ist deshalb politisch.

Die von der sozialpatriotischen Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands propagierte Auffassung, daß die Jugendbewegung unpolitisch sei, ist eine plumpe Irreführung der Staatsgewalt wie der Jugendlichen selbst. Hervorgegangen aus der Unterwerfung der Sozialdemokratie unter die Bestimmungen des Vereinsgesetzes, ist diese Formel der Ausdruck des Verzichtes auf den Kampf um die politische Gleichberechtigung der Jugendlichen, bewirkt sie die politische Entrechtung der Jugendlichen in Permanenz, läuft sie auf die Auslieferung der Jugendlichen an die Interessen des Staates und des Kapitalismus hinaus. Als unentbehrliche und an Bedeutung ständig wachsende Träger des Produktionsprozesses, werden sich die Jugendlichen ihrer Klasseninteressen in steigendem Maße bewußt, verlangen sie nach gemeinsamer Vertretung dieser Interessen mit ihrer erwachsenen Klassengenossen.

Die proletarische Jugendbewegung ist politisch nicht im Sinne vorbereitender Erziehung auf eine spätere Zeit, in der der Staat die politische Betätigung der Jugendlichen erlaubt, sondern im Sinne der aktiven Teilnahme der Jugendlichen um dem allgemeinen Klassenkampf des Proletariats, vornehmlich in der bevorstehenden Epoche der Massenaktionen, unter ständiger geistiger Beeinflussung im Sinne der sozialistischen Weltanschauung. Die Bildung hat nicht mehr, wie bisher, den Kampf zu ersetzen, sondern Kampf und Bildung haben sich gegenseitig zu durchdringen.

Die Vorbedingung für die Eroberung politischer Rechte ist der Kampf der Jugendlichen gegen die sozialpatriotische Zentralstelle und deren Organ, die „Arbeiterjugend“. Ohne den Boden der alten Jugendorganisation schon jetzt zu verlassen, ist dieser Kampf mit dem Ziele der Spaltung mit den Sozialpatrioten planmäßig durch Aufklärung und Agitation zu führen.

Der wirkliche Kampf der Jugendlichen ist die beste Waffe. Nur im wirklichen gemeinsamen Kampfe wird die proletarische Jugendbewegung ein lebendiges Glied der allgemeinen Arbeiterbewegung, nur so wird sie ein Kampforgan für den Sozialismus.

Aus unserm politischen Tagebuch.

12. November.

In Chemnitz starb kürzlich ein Parteigenosse, dessen Name in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt geworden ist. Und doch hat er die 25 Jahre, die er der Partei angehörte, unermüdet für sie gewirkt. Und er wirkte für sie in der felsenfesten Ueberzeugung, daß sie eine Partei des Klassenkampfes sei. Als aber am 2. August 1914 die gewaltige historische Probe aufs Exempel kam und mit ihr die große Niederlage der Sozialdemokratie, da war die Enttäuschung Emil Egers so groß, daß er der Partei den Rücken kehrte. Er war sicher nicht der einzige, der seiner Wut über die Haltlosigkeit der Sozialdemokratie in dieser Form sichtbaren Ausdruck gab. Wie manchem sind wir bis heute begegnet, der ebenso handelte, aus den gleichen Motiven. Und trotzdem wars nicht richtig, was sie taten. Die große historische Probe war auch eine Probe für diejenigen, die die Bedeutung der Stunde und die eigentliche Aufgabe der Sozialdemokratie begriffen hatten. Jetzt galt es, sich mit aller Kraft dem Strome entgegenzuwerfen, der die Arbeiter für einen Augenblick mitriß. Und das kann man nicht, wenn man ihre Reihen flieht. Emil Eger hat sich als aktiver Kämpfer nicht mehr an der Arbeiterbewegung beteiligt; aber mit stiller Freude beobachtete er das ständige, wenn auch langsame Wachen der linksradikalen Bewegung in Chemnitz, und nach seinen Kräften hat er sie unterstützt. Er mochte in ihr wohl den Vorboten einer neuen Zeit, einer neuen großen Epoche der Arbeiterbewegung erblicken, in der die Ideale verwirklicht werden sollen, für die er die beste Kraft seines Lebens eingesetzt hatte, als die alte Bewegung von der historischen Bühne abtrat. Seine Enttäuschung ist die Enttäuschung vieler gewesen. Aber auch seine letzte Hoffnung wird die Hoffnung vieler sein.

Feuilleton

Spartacus.

Von Albert Thomas, dem sozialdemokratischen Munitionsminister in Frankreich.*

Im Jahre 74 v. Chr. brach ein schrecklicher Sklavenaufstand aus. Rom hatte eben alle Staaten der Mittelmeerwelt erobert. Schritt für Schritt mit seinen Eroberungen entwickelte sich die Sklavenwirtschaft. Jeder reiche Mann hatte nicht nur Sklaven zu seiner Bedienung, sondern auch ungeheure Sklavenheere, die er zu den verschiedensten Arbeiten benutzte. Er hatte Diener aller Art, Köche, solche, die ihn bei Tische bedienten, Friseur, Ärzte, Musikanten, Säger, Vorleser und Leute, die sein Gefolge auf der Straße bildeten. Auf den Feldern hielt er eine ungeheure Zahl Sklaven als Landarbeiter und Hirten. In der Stadt gebrauchte er sie als Arbeiter, die er vermietete oder deren Arbeitskraft er verkaufte. Oft hatte er selbst Sklaven, die er als Gladiatoren, d. h. als Kämpfer für die Zirkusspiele ausbilden ließ. Diese lebten in einer Art Kaserne unter den Befehl von Turn- oder Ringlehrern, die zum Teil Freie, zum Teil selbst Sklaven waren, und die sie zu den grausamsten Spielen einübten.

Gladiatoren waren es und zwar die des Lentulus Batiatus eines berühmten Fechtmeisters aus Capua, die in Campanien im Jahre 74 das Zeichen zum Aufstand gaben. Dort gab es ihrer aus allen Ländern, in erster Reihe aber Thraker und Gallier, Leute von kräftigem Körper und entschlossenem Sinn, oft von entgegengesetzten Charakteren, aber vereint in ihrem Haffe gegen ihren Herrn.

So kam es, daß die Gladiatoren von Capua, von ihren Herren grausam behandelt, sich erhoben.

Thraker und Gallier hatten einen Anschlag eronnen. Drei- und siebenzig Mann waren herausgegangen, hatten sich auf der Straße der Schlächter und Garköche bemächtigt, ihre Bratspieße und Küchenmesser ergriffen und mit diesen primitiven Waffen gesiegt und die Soldaten und Bürger von Capua, die sie angreifen wollten, entwarfen. Räuber, Hirten, Sklaven von den Feldern, alle, deren stumme Geduld müde war, hatten sich ihnen angeschlossen.

In der ersten instinktiven Bewegung der Empörung hatten sie, um die Herren zu erschrecken, Dörfer geplündert, Felder verwüstet, Frauen und Kinder entführt. Dann hatten sie sich auf einer Höhe des Besuns niedergelassen und bedroht die Ebene. Unter ihnen war ein entschlossener Mann, ein wirklicher Führer. Er kam aus Thracien. Kräftig und klug wie er war, war er geflohen, wieder Soldat geworden, dann wieder in Sklaverei gekommen: sein schöner Wuchs und seine Kraft hatten ihn zum Gladiatoren bestimmt. Aber in der engen Kaserne gedachte er der Freiheit, der reinen Luft der heimatischen Berge. Er war es, der die Stunde des Aufsturus festgesetzt hatte. Er hieß Spartacus.

Sobald das Vorgehen der Sklaven in Rom bekannt geworden war, hatte der Senat Truppen geschickt. Der Prätor Clodius Pulcher war in der Ebene angekommen und hatte seine 3000 Leute aufgestellt, um die kleine Schar der Aufrührer zu belagern und sie durch Hunger zu unterwerfen.

Der Weg zu der felsigen Plattform, auf der die Sklaven lagerten, war wohl bewacht. Auf der andern Seite ein jäher Abhang. Der Prätor glaubte sie gefaßt zu haben. Aber Spartacus ließ die Weinstöcke, in deren Mitte er lagerte, abschneiden. Die knotigen, verschlungenen Ranken bildeten eine Leiter. Einer nach

* Uebersetzt aus der Histoire anecdotique du Travail. Paris

2018

dem andern stiegen alle hinab, überraschten beim Morgenrot die Römer und vernichteten die von einer Panik Ergriffenen.

Aber was aus diesem Siege machen? Ja, wenn es nur auf Spartacus angekommen wäre! Er würde sich nach dem Gebirge gewandt haben. Zu Lande, nach Norden zu, wären Thraker und Gallier in ihre Heimat gelangt.

Groß war nach diesem ersten Siege die Zahl derer, die sich den Aufrührern anschlossen. 10 000 waren es jetzt, die auf den Ruf des Spartacus angekommenen waren — Männer aus allen Völkern, Gallier, Thraker, Numidier und Spanier. Neue Führer traten auf: Crigus, Denomäus. Bataillone bildeten sich — eine ganze organisierte Armee. Brennend und mordend zerstreuten sich die Sklaven über das entsetzte Campanien. Das war die Rache! Wo sollte der Sklave Mäßigung und Milde gelernt haben?

Spartacus aber litt; er wußte, daß die Freiheit das große, das einzige Gut der Menschen ist. Er wußte, daß man, um sie zu besitzen, um sie zu verteidigen, selbst wirklich innerlich frei sein muß. Er rief den Mut an; er zeigte allen, daß sie keine Wahl hatten: entweder mußten sie immer siegen oder sie würden einen schmachvollen Tod erleiden. Um zu siegen, mußte man sich selbst beherrschen können, durfte man sich durch Plünderungen nicht verderben lassen.

In einer süditalienischen Stadt, in Turium, wohin er seine Truppen nach den ersten Siegen geführt hatte, bemühte sich Spartacus, einen neuen und reinen Staat zu gründen, wie er ihn geträumt hatte, einen Staat, in dem es keine Sklaven gab, der einzig von freien Menschen gebildet wurde. Er lehrte seinen Gefährten, selbstdisziplinierte Soldaten zu sein, mit den Kaufleuten, die in das Lager kamen, ehrlich zu handeln, Gold und Silber zu verachten.

So verging der Winter. Aber Rom rüstete. Rom konnte nicht dulden, daß sich mitten in Italien ein neuer Staat bildete, daß Spartacus die ungeheure Masse der Sklaven in die Freiheit rief. Truppen wurden gesandt: die beiden Konsuln, d. h. die beiden Häupter der Regierung, waren beauftragt, die Sklavenheere zu schlagen. Crigus, der Gallier, wurde besiegt und getötet; aber Spartacus wandte sich nach Norden, traf mit den beiden Konsuln zusammen und besiegte sie.

Von neuem herrschte Schrecken in Rom.

„Wir wollen gegen Rom ziehen, sagten die meisten Sklaven. Wir wollen die Hauptstadt ihrer Reichthümer berauben, wir wollen die Herren der Herren töten.“ Aber Spartacus wandte sich, ohne seine Absicht zu sagen, nach Norden; er zog seine Gefährten mit sich nach den freien Ländern, fern von Italien, fern von diesem Herd der Schande und der Unterdrückung, nach den Weiden Thraikiens, um dort — so träumte er — mit reinen Menschen frei zu leben.

Aber bevor er Italien verließ, wollte auch er seine feierliche und furchtbare Rache. An den Ufern des Po errichtete er zu Ehren des Crigus, seines gefallenen Kameraden, einen ungeheuren Scheiterhaufen und zwang hier, während die Armee der Aufrührer frohlockte, die römischen Bürger, die er gefangen hatte, ihrerseits Spiele zu geben, wie Gladiatoren unter sich zu kämpfen.

Aber der Fluß war über seine Ufer getreten. Man mußte warten, um ihn zu überschreiten, und während dieser Tage kam die Masse der Sklaven — es waren ihrer jetzt mehr als 100 000 — in Erregung. Stolz, von ihrem Triumph erhoben, weigerten sie sich, Italien zu verlassen. Spartacus, gezwungen, ihnen zu folgen, kehrt um.

Schrecken herrschte in der Republik. Wer würde die Sklaven züchtigen, wer den Staat retten?

Ein Mann bot sich dem römischen Volke an, Marcus Licinius Crassus. Er war einer der mächtigsten Kapitalisten Roms und stammte aus reicher Familie. Ein zäher und umsichtiger Geldmann,

hatte er sehr große Geschäfte gemacht. Er war ehrgeizig, er sucht Ruhm. Er schien der zum Kampfe gegen die aufrührerischen Sklaven die die Quelle der Reichthümer trockenlegen konnten, auserwählte Mann zu sein.

Lange Monate dauerte nun ein heftiger, unabsehbarer Krieg zwischen den Sklaven und den Heeren des Crassus. Crassus hatte seine Leute hart erzogen. Eine Legion war, von Furcht ergriffen, zurückgewichen. Crassus dezimierte sie, d. h. er ließ jeden zehnten, durch das Los bestimmten Mann vor den Augen der andern töten. Dann führte er seine Truppen gegen Spartacus, der, nach Süditalien zurückgekehrt, nach Sizilien gehen wollte, um dort den Aufruhr zu wecken, da die Sklaven dort zahlreich und der Empörung nahe waren.

Die Sklaven wurden mehrere Male geschlagen, ebenso Crassus. Die Römer hatten versucht, Spartacus zwischen dem Meer und einem von seinen Truppen gut verteidigten Graben einzuschließen. In einer stürmischen Nacht, als der Schnee in großen Flocken herunterfiel, ließ Spartacus den Graben an einer Stelle zuschütten und überschritt ihn mit einem Drittel seiner Armee. Es schien unmöglich, ihn festzuhalten.

Aber die Sklaven waren unter sich gespalten. Die lange Knechtschaft hatte zu demoralisierend auf sie gewirkt. Es war nicht möglich, sie zu einheitlichem Handeln zusammenzubringen. Und selbst die Ueberlegenheit und Einsicht, die moralische Größe des Helden Spartacus vermochte es nicht. Ihrem rebellischen Drang stand die organisatorische Macht Roms gegenüber. Spartacus wurde geschlagen. Die Sklaven wurden zu Hunderten hingeschlachtet. Die übrigen mußten ins Sklavenjoch zurück. Es war die größte Sklavenrebellion Roms. Und sie ist eins der lehrreichsten Kapitel in der Geschichte der Befreiungskämpfe der Unterdrückten.

Zeugen und Rufer.

Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.

Cassalle: Politische Aufsätze. (1863.)

Ihr nennt euch Christen und ihr gründet eure Macht noch auf die physische Gewalt, ihr seid nur noch die Nachfolger Cäsars. Ihr vergeßt, daß die wahren Christen es sich zum Endzweck ihrer Arbeit setzen, der Macht des Schwertes, der Macht Cäsars, die ihrer Natur nach im wesentlichen provisorisch ist, vollständig ein Ende zu machen.

Graf von Saint-Simon: „Das neue Christentum“. (1825.)

Der Kanzler spricht:

Natur und Geist — so spricht man nicht zu Christen. Deshalb verbrennt man Atheisten, weil solche Reden höchst gefährlich sind. Natur ist Sünde, Geist ist Teufel! Sie hegen zwischen sich den Zweifel, ihr mißgestaltet Zwitterkind. Uns nicht so! — Kaisers alten Banden sind zwei Geschlechter nur entstanden; sie stützen würdig seinen Thron; die Heiligen sind es und die Ritter; sie stehen jedem Ungewitter und nehmen Kirch' und Staat zum Lohn.

Goethe.

Ruhe.

Ruh' um jeglichen Preis! So wills der besitzende Bürger! Wär ihm die Freiheit wert, setzt er auch diese daran. Hoffmann von Fallersleben.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik



1. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 23

:: Erscheint wöchentlich einmal. ::
Redaktion u. Expedition:
Waller Heerstr. 52 (Eing. Torweg).

Bremen, den 25. November 1916

Einzel-Nummer 15 Bfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Bfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellschuld

Inhalt:

Friedensglocken (Fortf.)	Seite 177
Die sozialpatriotische Presse zur Polenfrage	178
Weshalb der Zusammenbruch kommen mußte	180
Nacht	181
Aus unserm politischen Tagebuch	183
Feuilleton:	
Ein Jubiläum	183

Friedensglocken.

1. Keine Annexionen! Befreiung der Völker!

Am 5. November verkündeten die Centralmächte, daß sie gewillt sind, aus Rußisch-Polen einen selbständigen Staat zu machen. Vier Tage später erklärte der Reichskanzler, daß es niemals in der Absicht der deutschen Regierung gelegen habe, Belgien zu annektieren. Darauf begannen von den Türmen der sozialpatriotischen Presse Deutschlands die Friedensglocken zu läuten. Müßten denn diese Kundgebungen der deutschen Regierung nicht selbst die verbohrtesten Köpfe der französischen und englischen Regierungsmänner überzeugen, daß Deutschland an keine Vergewaltigung schwächerer Völker denkt, daß es einen ehrlichen Frieden will? Und falls die französischen und englischen Staatsmänner den Krieg weiterführen wollen, weil sie selbst an Annexionen denken, wird das Friedensangebot Bethmann-Hollwegs nicht das französische, englische und russische Volk gegen seine Regierungen auf die Beine bringen?

Schon liegen die Stimmen der wichtigsten Presseorgane des Auslandes vor, und sie sind aller Welt bekannt geworden. Was also antwortet die Regierungspresse Frankreichs und Englands? Deutschland befreit Rußisch-Polen vom russischen Joch? Das ist sehr menschenfreundlich, gewiß! Das Manifest der Centralmächte erklärt jedoch, das befreite Polen müsse „im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte verbleiben“, und Baron Buriau, der österreichische Minister des Aeußeren, erklärt, „im engen Anschluß an die beiden Centralmächte, und zwar sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht.“ Die Befreiung Polens, so führt die Presse der Entente weiter aus, bedeutet die Errichtung eines polnischen Staates, der gegen Rußland ein vorgeschobenes Vorwerk sein soll. Und die Entente-presse kann sich dabei auf den sozialpatriotischen Reichstagsabgeordneten Noske berufen, der in der „Glocke“ am 11. November sich sogar die Mühe gegeben hat, zu erklären, warum die deutsche Regierung als Form der

staatlichen Zukunft Polens einen „selbständigen Staat“ und nicht eine glatte Annexion gewählt hat. Die von Noske äußerst klar ausgeführten Gründe, weshalb Rußisch-Polen nicht mit dem deutschen Gebiet, sondern nur mit der deutschen Politik verbunden werden soll, sind vom Standpunkt des deutschen Imperialismus sehr plausibel, ändern aber für die Entente nichts an der Tatsache, daß das „neue Polen“, wenn es Wirklichkeit geworden ist, eine Machtstärkung des deutschen Imperialismus bedeuten wird.

Die belgische Frage liegt ebenso. Die Erklärung des Reichskanzlers, die Regierung habe niemals an die Annexion Belgiens gedacht, sagte keinem Beobachter der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland etwas neues. Und zu diesen Beobachtern gehören die Ententeregierungen ganz gewiß. Der Reichskanzler sprach in der Tat niemals von der Annexion Belgiens; er sprach immer nur von Garantien, Sicherungen, die bewirken sollen, daß Belgien niemals mehr ein Ausfallstor gegen Deutschland, niemals ein Werkzeug der englisch-französischen Politik bilden könne. Und auch das ist vom Standpunkt des deutschen Imperialismus durchaus verständlich.

Da aber, wie der Krieg gezeigt hat, völkerrechtliche Verträge Papiersegel sind, die nach Belieben zerrissen werden können, so müssen diese Garantien und Sicherungen wohl schon in etwas realeren, den Bedürfnissen des Imperialismus mehr entsprechenden Dingen bestehen. Der Entente geht es gewiß nicht um das Wort „Annexion“, sondern um die Sache, um die Frage, ob die deutsche Regierung auf die Sicherungen verzichtet. Aber die Presse berichtet nicht nur davon, daß die Vertreter aller bürgerlichen Parteien auf diesen Garantien bestanden, sondern der „Deutsche Kurier“, das Berliner Organ der Nationalliberalen, mußte zu berichten, daß der Reichskanzler „ferner ausdrücklich erklärt hat, daß er kein Wort von dem zurückzunehmen habe, was er früher über die Notwendigkeit der realen Garantien im Westen gebraucht hätte.“ Und der bestinformierte Offiziosus, Herr Stein von der „Frankfurter Zeitung“, telegraphierte am 10. November seinem Blatte diesen Bericht des Kuriers mit dem Kommentar, er bilde „eine beachtenswerte Ergänzung des offiziellen Berichts“. Die gesamte Presse der Entente sieht, da sie selbst annexionslüftern genug ist, in der Forderung nach den Garantien ein Programm der verkappten Annexion Belgiens.

Aber die belgische und polnische Frage bilden nicht die einzigen Kriegsfragen. Wir wiesen in unserem Artikel „Krieg und Frieden“ auf die serbische Frage als eine